kommunistinnen und gewerkschaften

Bildungszeitung
der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)
November 2012

Inhalt

1. Wozu Gewerkschaften? Und was sind eigentlich „Klassen"? 1
A. Was sind Klassen? 2
B. Der gewerkschaftliche Kampf – Notwendigkeit und Grenzen ... 6
2. Aus der Geschichte lernen? - Von der Novemberrevolution bis zur Annexion der DDR 8
A. Zwei Linien 11
B. Lehren aus dem Faschismus 14
C. Stellvertreterpolitik und Opportunismus 17
3. Kämpferische Arbeiterjugendpolitik heute 20
A. Gewerkschaften heute 20
B. Der Bewusstseinsstand in der Arbeiterjugend 25
C. Ansatzpunkte für eine kämpferische Arbeiterjugendpolitik . 28

1. Wozu Gewerkschaften? Und was sind eigentlich „Klassen"?

Wenn Du Dich auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bewirbst, merkst Du sehr schnell: Du bist als EinzelneR nicht in der Lage, mit dem Kapitalbesitzer bzw. seinen beauftragten Personalern „auf Augenhöhe" über Einkommen oder Arbeitszeiten zu verhandeln. Warum ist das so? Dazu Karl Marx:

„Das Kapital ist konzentrierte gesellschaftliche Macht, während der Arbeiter nur über seine Arbeitskraft verfügt. Der Kontrakt (Vertrag) zwischen Kapital und Arbeit kann deshalb niemals auf gerechten Bedingungen beruhen (…) Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter ist ihre Zahl. Die Macht der Zahl wird jedoch durch Uneinigkeit gebrochen. Die Uneinigkeit der Arbeiter wird erzeugt und erhalten durch ihre unvermeidliche Konkurrenz untereinander. Gewerksgenossenschaften entstanden ursprünglich durch die spontanen Versuche der Arbeiter, diese Konkurrenz zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, um Kontraktbedingungen (Vertragsbedingungen) zu erzwingen, die sie wenigstens über die Stellung bloßer Sklaven erheben würden."[1]

Zu einem wichtigen Mittel der Einschränkung der Konkurrenz der Arbeitenden untereinander wurde später die kollektive Regelung von Einkommen und Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen statt der einzelvertraglichen Vereinbarungen.

Die Arbeitenden lernten, sich für einen erfolgreichen Kampf um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen – nicht nur in einem Betrieb, sondern im ganzen Gewerbe und der ganzen Gesellschaft. In England bildeten sie Anfang des 19. Jahrhunderts die ersten Gewerkschaften und zwangen die englischen Herrschenden, diesen gewerkschaftlichen Zusammenschluss („Koalition") der Arbeitenden zu erlauben. Im kommunistischen Manifest beschreiben Marx und Engels diesen Prozess:

„Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. (...) Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse.(...) Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht

1 Karl Marx: „Instruktionen für die Delegierten des provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen"; MEW Bd. 16, S. 196; MEAW Bd. 148 f. (Eine „Instruktion" ist eine Unterweisung oder eine Anleitung)

nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr.(...) Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren (zu wappnen). Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten (in spontanen Aufständen) aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter."[2]

In Deutschland entstanden die ersten Gewerkschaften kurz vor und während der versuchten Revolution von 1848/49, später dann in größerem Maßstab ab den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Der Zusammenschluss der Arbeitenden in Gewerkschaften erfolgt also nicht auf Grund irgendwelcher Ideen, sondern ergibt sich aus der objektiven Interessenlage der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kapitalismus und aus dem Gegensatz ihrer Interessen zu denen des Kapitals. Ob IndustriemechanikerIn oder VerkäuferIn, ProgrammiererIn oder Krankenpfleger/-schwester, StammbeschäftigteR oder LeiharbeiterIn: alle Arbeitenden müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, weil sie nicht über eigene Produktionsmittel oder andere Vermögen verfügen, von denen sie leben könnten. Diese gemeinsame Lage macht sie, ob ihnen das bewusst ist oder nicht, über alle Unterschiede hinweg zu Angehörigen einer Klasse.

2 MEAW Bd. 1, S. 424f

A. Was sind Klassen?

Lenin formulierte 1919 in seiner Schrift „Die große Initiative" eine umfassende Definition:

„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion..."

In der Produktion ihres gesellschaftlichen Lebens stehen die Menschen nicht nur in einem Verhältnis zur Natur, sondern auch in einem Verhältnis zueinander. Sie produzieren in gesellschaftlichen Verhältnissen untereinander, den Produktionsverhältnissen. Diese sind beständig kleineren oder größeren Veränderungen unterworfen, welche sich aus dem jeweiligen Entwicklungsstand der Werkzeuge, Maschinen, Technik und des Wissens der Menschen, eben den Produktivkräften, ableiten. Bestimmend für die Produktionsverhältnisse der Menschen sind laut Lenin drei Unterscheidungsmerkmale.

Erstens: *„...nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln..."*

Das Hauptkriterium zur Unterscheidung der Klassen ist Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln. Dabei geht es um die Produktionsmittel, die für die Produktion der jeweiligen Gesellschaft entscheidend sind – im Kapitalismus also nicht etwa die Bohrmaschine eines Heimwerkers, sondern industrielle Produktionsmittel wie Maschinen, Rohstoffe, Anlagen, Fabriken etc.

Diese Produktionsmittel sind in der Verfügungsgewalt einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Konzernherren, Bankiers, Kaufhauskettenbesitzern

etc. Diese bilden die Klasse der Kapitalisten oder Bourgeois. Im Gegensatz dazu gehört jedeR, der/die „nur über seine Arbeitskraft verfügt", im Kapitalismus zur nichtbesitzenden Klasse, zur Arbeiterklasse bzw. zum Proletariat.

Zweitens: *„... nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit..."*

Wer die Produktionsmittel besitzt, entscheidet auch, was damit passieren soll. Die Kapitalisten als Produktionsmittelbesitzer bestimmen in dieser Gesellschaft, was und vor allem wie produziert wird. Wegen der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander wirkt dabei das Profitprinzip: Ziel ist der maximale Gewinn auf das eingesetzte Kapital.

Die Kapitalisten als Eigentümer setzen dafür Beauftragte ein, die nach ihrem Willen die Produktion organisieren und leiten. Die modernen Manager selbst sind oft nicht im Besitz von Produktionsmitteln, leiten und organisieren aber die Produktion von großen Fabriken und von ganzen Konzernen. Von daher gehören auch sie zur Bourgeoisie und nicht zu den Arbeiterinnen und Arbeitern, die die Befehle ausführen müssen. Damit sind Manager von Großbetrieben gemeint und nicht Manager von kleinen Betrieben oder Filialleiter von Supermärkten, die zur Mittelschicht oder zum Teil auch zur Arbeiterklasse gezählt werden können.

Drittens: *„... und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen."*

Die Stellung der Menschen als Besitzer oder Nichtbesitzer der Produktionsmittel und ihre jeweilige Stufe in der Befehlskette bestimmt auch in letzter Instanz über die Verteilung des

gesellschaftlichen Reichtums, der Einkommen und Vermögen. Klassen und Ausbeutung sind damit zwei Seiten einer Medaille:

„Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."[3].

Mit der marxistischen Klassenanalyse können wir die soziale Ungleichheit der Menschen aus den ökonomischen Bedingungen erklären. Im Kapitalismus existieren zwei Hauptklassen: Arbeiterklasse (Proletariat) und Kapitalistenklasse (Bourgeoisie). Dazwischen existieren verschiedene Mittelschichten (siehe weiter unten). Schauen wir uns nun zunächst die Zusammensetzung der Arbeiterklasse konkreter an.

I. Industrieproletariat und Kleinbetriebe

Zur Arbeiterklasse im weiteren Sinne („arbeitenden Klasse", „Lohnabhängigenklasse") gehören nach Marx

3 W. I. Lenin; LW Bd. 29, S. 410; LAW Bd.5, S.164f

alle *„modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt“*[4], also alle *„Eigentümer von bloßer Arbeitskraft“*[5]. Ihren Kern bildet das „Industrieproletariat“: die Arbeitenden in den Großbetrieben der materiellen Produktion. Sie produzieren direkt den stofflichen Reichtum dieser Gesellschaft – wenn ihr starker Arm es will, stehen alle Räder still. Sie stehen mit ihren Interessen im direkten Gegensatz zur Klasse der Kapitalisten, vor allem zu deren Kern, den Beherrschern der monopolistischen Großkonzerne. Vor allem aber sind sie auch hoch konzentriert in den großen Betrieben, was ihnen die Erfahrung kollektiven und solidarischen Handelns ermöglicht.

Diese potentielle Kraft ist der Bourgeoisie oft bewusster als den Arbeitenden selbst. Darum bemüht sie sich, gerade diesen Teil der arbeitenden Klasse durch Zugeständnisse ruhig zu halten. So waren zu Beginn der Krise 2008 zunächst vor allem Leiharbeiter/Leiharbeiterinnen und befristet Beschäftigte sowie die Zulieferer von Entlassungen betroffen, während die Stammbeschäftigten der großen Konzerne im Betrieb gehalten wurden – wenn auch um den Preis verstärkter Anpassung ihrer Arbeitszeiten an die betrieblichen Belange und Intensivierung der Arbeit. So entwickeln gerade diese Teile der Klasse auch konservative und zünftlerische Haltungen der Stammbelegschaften im Sinne einer „exklusiven Solidarität“, die Erwerbslose und prekär Beschäftigte, wie zum Beispiel Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ausgrenzt.

4 Karl Marx und Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, MEW Bd. 4, S. 468

5 Karl Marx: „Das Kapital“, Dritter Band, a. a. O., S. 892

Die Situation der Beschäftigten in Klein- und Mittelunternehmen, im Baugewerbe und erst recht im Handwerk ist in der Regel deutlich schlechter als in den industriellen Großbetrieben. Durch ihre Zersplitterung fällt es aber diesen Teilen der Klasse trotz ihrer schlechteren materiellen Lage wesentlich schwerer, organisiert Gegenwehr zu entwickeln und eine Rolle in den Klassenkonflikten zu spielen. Noch mehr gilt dies für prekär Beschäftigte (Leiharbeiter/innen, Befristete).

II. Der „Dienstleistungssektor“: Zirkulation...

Während weltweit die Zahl der Industriebeschäftigten nach wie vor steigt, ist diese in den entwickelten kapitalistischen Ländern seit einigen Jahrzehnten rückläufig. Demgegenüber wächst der Bereich, den die bürgerlichen Sozialwissenschaften als „Dienstleistungssektor“ bezeichnen. Daraus ziehen bürgerliche Ideologen gern die Schlussfolgerung von einem angeblichen „Verschwinden der Arbeiterklasse“. Was gehört alles zu diesem „Dienstleistungssektor“?

Zum Einen gibt es den wachsenden Bereich der „industriellen Dienstleistungen“, z. B. Reinigung oder Logistik in Großbetrieben. Diese Tätigkeiten wurden in der Regel früher von Beschäftigten der jeweiligen Betriebe verrichtet, werden inzwischen aber häufig ausgegliedert („outgesourct“) – und darum jetzt zum „Dienstleistungssektor“ gezählt, obwohl sie untrennbar zum Bereich der industriellen Produktion gehören!

Weiter gehören zum „Dienstleistungssektor“ die Bereiche, die mit der Zirkulation, dem Kreislauf von Waren und Geld zu tun haben. Ein Teil der dortigen Tätigkeiten ist notwendig zur Herstellung und Verteilung von

Waren, wird aber nicht direkt in der Fabrik erledigt, z. B. der Transport von Rohstoffen und Waren. Diese Tätigkeiten tragen zur Mehrwertproduktion bei, sind also in diesem Sinne „produktiv" (diese Unterscheidung in „produktiv" und „unproduktiv" hat natürlich nichts mit guter oder schlechter Arbeitsleistung zu tun!). Die klassenpolitische Bedeutung der Unterscheidung zwischen „produktiv" und „unproduktiv" wird an einem einfachen Beispiel deutlich. Mitte der 90er Jahre kam es in Frankreich zu einem längeren Streik der LKW-Fahrer. Dabei wurden die Grenzübergänge blockiert. Dadurch kam es in Deutschland z.B. bei VW zu Produktionsengpässen: erforderliche Teile aus Spanien kamen nicht durch. Dies hat zum Nachgeben der Kapitalisten beigetragen.

Andere Tätigkeiten dienen „nur" zur „Realisierung" des Mehrwerts, also zur Verwandlung von Waren in Geld und umgekehrt. Die ArbeiterInnen und Angestellten im Handel werden ausgebeutet, sie schaffen aber keinen Mehrwert. Dieser scheinbare Widerspruch ist bei genauerem Hinsehen einfach zu lösen. Im Handel werden Waren in Geld verwandelt. Die Handelskapitalisten werden durch die Ausbeutung ihrer ArbeiterInnen in die Lage versetzt, den Industriekapitalisten einen Teil des vom Industrieproletariat geschaffenen Mehrwerts abzunehmen: Der Fertigpizzahersteller gibt den Aldi-Brüdern einen Teil seines Mehrwerts ab, damit die Fertigpizza in Geldscheine verwandelt wird.

III. ...und Reproduktion.

Ein weiterer großer Teil des „Dienstleistungssektors" dient der gesellschaftlichen Reproduktion des Kapitalismus und der Arbeitskraft: z. B. Verwaltung, Medien, Bildungs- und Gesundheitswesen.

Noch bedeutender ist aber auch in den „Dienstleistungssektoren", ähnlich wie in der materiellen Produktion, der Unterschied zwischen Groß- und Kleinbetrieben. Die Großbetriebe der materiellen Produktion und der gesellschaftlichen Reproduktion (z.B. große Kliniken) sind Orte gemeinsamer Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Widersprüchen, sie erleichtern die Organisierung kollektiver Gegenwehr. Ihre Belegschaften haben an den jeweiligen Orten ein politisches Gewicht, das weit über ihren Anteil an der Bevölkerung hinausgeht.

IV. Spaltungen überwinden!

Die materiell und politisch schlechtesten Bedingungen haben Erwerbslose. Sie sind aus allen Tätigkeiten in materieller Produktion, Verteilung und gesellschaftlicher Reproduktion ausgeschlossen und haben damit keine Möglichkeit, ökonomischen Druck auszuüben. Außerdem sind sie noch schwerer zu organisieren, weil sie außer der Arbeitsagentur keine gemeinsame Anlaufstelle haben.

Entscheidend für die Entwicklung des Klassenkampfes wäre die *„politische Überwindung der Spaltungen innerhalb der Lohnabhängigenklasse und die Erarbeitung eines gemeinsamen Orientierungshorizontes"* durch die Erkenntnis, *„dass die Vertretung der Interessen der besonders Schwachen im Interesse aller Lohnabhängigen liegt, weil sie sich jederzeit in diesen Zonen der Demütigung und Entrechtung wiederfinden können."*[6].

V. Die Mittelschichten

Zu den Mittelschichten gehören kleine Selbständige (Handwerkerinnen

6 Werner Seppmann: Krise ohne Widerstand?, Berlin 2010, S. 140, 143

und Handwerker, Kaufleute usw.), die Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern, höhere Angestellte und Beamte in mittleren Leitungs- und Kommandofunktionen sowie die Angehörigen der akademisch ausgebildeten Intelligenz (Lehrerinnen und Lehrer, Ingenieurinnen und Ingenieure, Ärzte, SoftwareentwicklerInnen usw.). Von den Kapitalisten unterscheidet sie, dass ihre wesentliche Existenzgrundlage ihre eigene Arbeit ist. Grundlage dieser Arbeit ist aber – und das trennt sie von der Arbeiterklasse – entweder Kleinbesitz an Produktionsmitteln oder besondere, herausgehobene Aufgaben in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit.

Die Mittelschichten haben auf Grund ihrer ökonomischen Situation keine gemeinsame Interessenlage und bilden somit keine einheitliche Klasse. Einerseits sind sie im Kapitalismus ständigen Angriffen auf ihre Stellung ausgesetzt – ihnen droht der Abstieg ins Proletariat. Andererseits fürchten sie auch den Verlust ihrer relativen Privilegien durch die „Gleichmacherei" der sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie schwanken deshalb politisch zwischen fortschrittlich und reaktionär hin und her, je nach Lage des Klassenkampfes und je nach Stärke oder Schwäche der Arbeiterbewegung.

B. Der gewerkschaftliche Kampf – Notwendigkeit und Grenzen

Zurück zur Ausgangsfrage: Welche Rolle spielen Gewerkschaften? Zur Notwendigkeit, aber auch zu den Grenzen ihres Kampfes, geben wir noch einmal Marx das Wort. Er wies 1864 in seinem Vortrag über „Lohn, Preis und Profit" nach, *„daß die ganze Entwicklung der modernen Industrie die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß und daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken oder den Wert der Arbeit mehr oder weniger bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken. Da nun die Tendenz der Dinge in diesem System solcher Natur ist, besagt das etwa, daß die Arbeiterklasse auf ihren Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben soll, die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen? Täte sie das, sie würde degradiert werden zu einer unterschiedslosen Masse ruinierter armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft. (...) Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.*

Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel (lindernde Mittel) anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über

sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: ‚Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!', sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!'"[7]

Gewerkschaften kämpfen also zunächst nur gegen die Angriffe des Kapitals. Aber gerade in diesen Kämpfen wird der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ebenso deutlich wie auch die potentielle Kraft der Arbeitenden, wenn sie sich zusammenschließen und kollektiv handeln. Lenin nennt deshalb die Gewerkschaften *„Schulen des Klassenkampfes"*.

Dabei bleibt der gewerkschaftliche Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse nicht auf Lohn und Arbeitsbedingungen begrenzt. Viele Fragen betreffen die gesamte Klasse und nicht nur einzelne ihrer Abteilungen, etwa die Frage nach der Arbeitszeit oder sozialen Rechten, so dass ökonomische Kämpfe in politische umschlagen. Auch der Kampf um Frieden und demokratische Rechte, gegen Militarismus, Faschismus und Reaktion muss im Interesse ihrer Klasse von den Gewerkschaften geführt werden. Darüber hinaus kommen auch die Gewerkschaften nicht am ideologischen Klassenkampf vorbei und müssen ihre Mitglieder für diesen „Kampf um die Köpfe" schulen. Auch hieran wirken die Kommunistinnen und Kommunisten in ihren Gewerkschaften mit.

Die Gewerkschaften sind die elementare und größte Klassenorganisation und haben potentiell die Kraft, nicht nur kleine Veränderungen in Abwehrkämpfen zu erreichen, sondern gemeinsam mit der Partei der Arbeiterklasse den Kapitalismus zu stürzen. Dafür müssen sozialpartnerschaftliche Illusionen in ihren Reihen überwunden werden, wie sie tief in der Klasse verankert sind und von vielen Gewerkschaftsspitzen aktiv vertreten werden. Die Auseinandersetzung damit kann allerdings nur gelingen, wenn man den folgenden Hinweis von Lenin zur Arbeit in den Gewerkschaften beherzigt: *„den Kampf gegen die opportunistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen. Diese höchst elementare und ganz augenfällige Wahrheit zu vergessen wäre eine Dummheit. Und gerade diese Dummheit begehen die ‚linken' deutschen Kommunisten, die aus der Tatsache, daß die Spitzen der Gewerkschaften reaktionär und konterrevolutionär sind, den Schluß ziehen, daß man ... aus den Gewerkschaften austreten!!, die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen!!, und neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse!! Das ist eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können."*[8]

Die Kommunistinnen und Kommunisten haben also die Aufgabe, in den Gewerkschaften zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen für Verbesserungen der momentanen Lage der Klasse einzutreten und sich aktiv am Kampf der Gewerkschaften zu beteiligen. Dabei zeigen sie den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auf und drängen auf dessen Auflösung, auf die Überwindung des Kapitalismus.

Arbeitsfragen

Werkzeugfrage 1: Was sind Klassen?

a. Wodurch unterscheidet sich die Arbeiterklasse von der Bourgeoisie?

b. Welche Unterschiede gibt es innerhalb der Arbeiterklasse selbst?

Werkzeugfrage 2: Wer gehört zur Mittelschicht?

Werkzeugfrage 3: Was sind Gewerkschaften? Warum sind sie entstanden?

Arbeitsfrage 1: Warum orientieren wir auf die Arbeiterklasse?

Arbeitsfrage 2: Warum reicht es nicht aus in den Gewerkschaften nur den Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu führen?

7 Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit"; MEAW, Bd. 3, S. 126ff.

8 W. I. Lenin; LAW, Bd. 5, S. 502

2. Aus der Geschichte lernen? - Von der Novemberrevolution bis zur Annexion der DDR

Können wir beim Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung aus ihren Erfolgen und Niederlagen etwas lernen? Lassen sich anhand des Handelns der Kommunisten Schlüsse für heute ziehen – 100 Jahre später, unter ganz anderen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Bedingungen?

Schon bei einer oberflächlichen Betrachtungsweise fällt auf, dass die Probleme, denen sich Kommunisten bei ihrer Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft gegenübergestellt sahen und sehen, erstaunlich viele Parallelen aufweisen: die Tendenz zu immer längeren Laufzeiten der Tarifverträge, das Schlichtungs(un)wesen, das Argument, die Gewerkschaft sei zu schwach für Kämpfe, die fehlende Einbeziehung der Erwerbslosen, die Missachtung innergewerkschaftlicher Demokratie, die Tendenz zum Legalismus, die Ablehnung des politischen Streiks, sogar die Standortideologie findet sich schon zu Zeiten der Weimarer Republik genauso wie die gewerkschaftliche Forderung „Guter Lohn für gute Arbeit“ usw.

Eine platte Übertragung verbietet sich selbstverständlich, die historischen Umstände müssen genau erforscht und berücksichtigt werden. Auch dann kann es nicht darum gehen, Rezepte für unser Handeln aufzustellen oder Verdammungsurteile auszusprechen:

„Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen, die noch lange nicht erschöpft sind.“ (Friedrich Engels)

„Wissenschaftliche Erkenntnis der Geschichte ist die Voraussetzung für politisches Handeln, das nicht subjektive Meinungen und Wunschvorstellungen, sondern einsehbaren Gründen entspringt.“ So äußerte sich Hans Heinz Holz. Wir werden an die Geschichte der Arbeiterbewegung selbstkritisch herangehen, jedoch ohne uns von ihr zu distanzieren – sie bleibt unsere Geschichte. „Es ist der Bourgeoisie gelungen, eine große Zahl von Kommunisten ihrer Geschichte zu entfremden und damit die historische Identität ihrer Bewegung zu zerstören. (…) Wir sind aber nur Kommunistinnen und Kommunisten, wenn wir uns als Glied und Resultat der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung verstehen – mit allem Heroismus, allen Leistungen und auch mit allen Fehlern und allem Unrecht, das in einem solchen ‚Kampf auf Leben und Tod‘ (Hegel) begangen worden ist.“ (Hans Heinz Holz).

Bereits zwei Tage vor der Bewilligung der Kriegskredite durch den Reichstag - einschließlich der gesamten SPD-Fraktion - beschlossen die Gewerkschaften in einer Konferenz ihrer Vorstände am 2. August 1914 die Einstellung aller Arbeitskämpfe für die Dauer des Krieges. Damit verbunden war die Beseitigung der innergewerkschaftlichen Demokratie: *„Vorstandsbeschlüsse waren nicht anfechtbar, die Vorstände selbst konnten nicht abgewählt werden.“* [9]

Die Gewerkschaftsführung des ADGB hielt die „Burgfriedenspolitik“ mit Kaiser und Kapital bis zum Ende des Kriegs durch, trotz völliger Missachtung durch diese, und bekämpfte noch 1918 die Munitionsarbeiterstreiks.

9 F. Deppe, G. Fülberth, H.-J. Harrer u.a.: „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Pahl-Rugenstein-Verlag, 1978, S.99

Die Unterwerfung unter die Herrschenden wiederholte sich 1933 .Vergebens hatte die KPD gewarnt *„Wer Hitler wählt, wählt Krieg.“* Es gab seitens der Gewerkschaften keinen Widerstand gegen die „Machtergreifung“.

Im offiziellen Organ des ADGB war am 19. April, zu einem Zeitpunkt, als schon viele Gewerkschaftshäuser besetzt und viele Funktionäre bereits totgeschlagen waren oder im KZ Dachau saßen, zu lesen: *„Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit [...] und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, sich […] an der von der Regierung veranlassten Feier festlich zu beteiligen“*[10]. Am 2. Mai wurden die restlichen Gewerkschaftshäuser besetzt und zehn Tage nach der unterwürfigen Beteiligung am Maiumzug wurde der ADGB zerschlagen und in die Deutsche Arbeitsfront „überführt“.

Wie konnte es zu dieser verheerenden Entwicklung kommen?

„August Bebel warnte mehrfach vor dem Treiben dieser Arbeiterbürokraten. Auf dem Jenaer SPD-Parteitag von 1905 berichtete er von der Äußerung alter Hamburger Gewerkschaftsfunktionäre, die gesagt haben, ihr wisst gar nicht, wie böse es bei einem Teil der jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht. Die höhnen ja über die Partei, über den Sozialismus, über den Zukunftsstaat, bestreiten sogar, dass wir einen Klassenkampf führen. […] Ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende ihr euren eigenen Niedergang herbeiführt, ohne es zu wollen.“[11]

Treue zum kaiserlichen Staat war diesen Gewerkschaftsführern selbstverständlich. Proletarischer Internationalismus war ihnen fremd. In der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ vom 27.5.1916 hieß es: *„…die deutsche Arbeiterklasse (hat) alle Veranlassung, in jedem Falle ihren eigenen Vorteil zu wahren und sich nicht beiseite schieben zu lassen. Besonders bei dem Kampf um den Weltmarkt kommt es wesentlich darauf an, dass die Arbeiter Deutschlands ihre Sache vertreten, die allerdings in gewisser Beziehung mit dem Allgemeinwohl unseres Landes zusammenfällt. Es kann dem deutschen Proletariat nicht gleichgültig sein, welchen Ausgang dieser Kampf nimmt, ob er für Deutschland günstig oder ungünstig verläuft.“*[12]

Und kaum war der Krieg zu Ende, sechs Tage nach der revolutionären Erhebung des Proletariats, ging die Kumpanei weiter: am 15.11.1918 setzten die Gewerkschaftsführer ihre Unterschrift unter das Dokument über die zentrale Arbeitsgemeinschaft neben die der Unternehmerverbände. Was vor dem Krieg ein beachtlicher Erfolg gewesen wäre, nützte jetzt den geschwächten Unternehmern, deren einzige Sorge es war, die Revolution zu verhindern. Sie anerkannten die Gewerkschaften als offizielle Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, duldeten die Wahl von Betriebsräten, akzeptierten die Regelung der Arbeitsbedingungen durch kollektive Tarifverträge und den Acht-Stunden-Tag. Für diese Zugeständnisse verkauften die Gewerkschaftsführungen die Möglichkeit einer grundlegenden Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse.

10 *zitiert nach:* Steffen Lehndorff: „Wie kam es zur RGO?“, Verlag Marxistische Blätter, 1975, S.5

11 Walter Ulbricht u.a.: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Dietz-Verlag 1966, Bd. 3, S.54/55

12 *zitiert nach:* Arno Klönne und Hartmut Reese, „Kurze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Frankfurt am Main, Olten, Wien 1986, S. 107

Auf der anderen Seite standen die Interessenvertreter der Arbeiter in den Betrieben, die revolutionären Obleute, die ihren Kopf hinhielten, Streiks in den Groß- und Rüstungsbetrieben organisierten und die Massen auf die Straße brachten. Die Arbeiterräte verstanden sich wie die Sowjets als Keimzelle der sozialistischen Revolution, sie forderten eine Räterepublik. Doch die Sozialdemokratie unter Ebert war weitaus besser organisiert, es gelang ihr, mit der von ihr 1917 abgespaltenen USPD eine Regierung zu bilden, den sog. „Rat der Volksbeauftragten", der sich auf den alten Staatsapparat stützte.

So war die Phase der Doppelherrschaft nur kurz. Der Parteiapparat der SPD sorgte dafür, dass seine Anhänger den Reichsrätekongress im Dezember 1918 dominierten. Nur etwa ein Drittel der Delegierten waren Arbeiter aus den Betrieben, etwa genauso viel sozialdemokratische Funktionäre, selbst aktive Offiziere und viele bürgerliche Intellektuelle waren vertreten, dagegen nur 10 Spartakus-Anhänger. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden nicht zugelassen. So war es nur folgerichtig, dass sich der Kongress gegen das Rätesystem und für die parlamentarische Demokratie aussprach.

Nach dieser Entscheidung sorgte die von Ebert geführte Regierung in geheimer Absprache mit der Reichswehr für die Ermordung der Revolution. Der Oberbefehlshaber über die konterrevolutionären Truppenverbände im Januar 1919 war Gustav Noske: *„Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!"*[13]

Obwohl die Räterepubliken im ganzen Reich blutig niedergeschlagen worden waren, bestanden in den Betrieben noch die Arbeiterräte. Die streikenden Arbeiter Mitteldeutschlands, Berlins und des Ruhrgebiets konnten im März 1919 bei der Regierung ihre Anerkennung als wirtschaftliche Interessenvertreter durchsetzen. Mit Hilfe der Gewerkschaftsführer gelang es der Bourgeoisie dennoch, die Arbeiterräte auf die Institution der Betriebsräte zurechtzustutzen. Das Betriebsrätegesetz von 1920 hielt fest: *„Der Betriebsrat hat die Aufgabe … für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen … den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren."*[14] So wurde der ursprünglich revolutionäre Charakter der Arbeiterräte in sein Gegenteil verkehrt.

Doch vorher musste der Widerstand der Arbeiterbewegung gebrochen werden. Vor der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes protestierten 50 000 bis 60 000 Arbeiter im Januar 1920 vor dem Reichstag in Berlin. Die sozialdemokratischen Minister Heine und Noske ließen in die unbewaffnete Menge schießen, ermordeten 42 Arbeiter und verletzten 105 schwer, die zu Krüppeln geschossen wurden. So machte sich die Gewerkschaftsführung erneut zum Komplizen der Bourgeoisie.

Diese zwei Linien bestimmen seitdem die Gewerkschaften wie die Arbeiterbewegung insgesamt: die opportunistische Linie der Zusammenarbeit mit dem Kapital und des Vertrauens auf den Parlamentarismus und andererseits die klassenkämpferische Linie, deren Ziel der Sozialismus ist.

Dies auf den Gegensatz zwischen Reform und Revolution zurückzuführen, führt in die Irre: denn der Kampf um Reformen ist auch nach Überzeugung der Kommunisten un-

13 *zitiert nach:* Walter Ulbricht u.a.: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Bd. 3, S. 184, Berlin 1966

14 zitiert nach: Steffen Lehndorff, a.a.O., S.17

abdingbar, um die Arbeiterklasse an die Revolution heranzuführen - aber er darf nicht im bloßen Reformismus verharren. Rosa Luxemburg hat hierzu in „Sozialreform oder Revolution?" Stellung genommen: *„Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems, hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung der Zweck ist."*[15]

Das Hauptfeld, wo dieser Kampf ausgetragen wird – so die Meinung der KPD - sind in erster Linie die Gewerkschaften, und viele Konflikte, die heute bestehen, gab es schon zur Zeit der Weimarer Republik, wenn sie auch erheblich zugespitzter waren, weil in der Arbeiterklasse noch eine revolutionäre Grundstimmung herrschte.

15 Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?", in: Gesammelte Werke, Bd.1, Erster Halbbd., Dietz Verlag, Berlin 1982, S.369

A. Zwei Linien

Die spontane Antwort vieler Revolutionäre auf die Bewilligung der Kriegskredite und die allgemeine Staatstreue der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer war: in diesen Gewerkschaften haben wir nichts zu suchen. Der Gründungskongress der KPD sprach sich gegen die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften aus und forderte die Gründung revolutionärer Gewerkschaften. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpften diesen Beschluss und setzten sich schließlich durch. Die klassenkämpferische Opposition gewann daraufhin in den Gewerkschaften wesentlich an Stärke.

1923 erlitt jedoch die revolutionäre Arbeiterbewegung eine verheerende Niederlage: auf Befehl von Ebert marschierte die Reichswehr in Sachsen und Thüringen ein und setzte die Arbeiterregierungen von SPD und KPD ab, und der Aufstand der KPD in Hamburg wurde durch die Polizei niedergeschlagen. Angesichts der offenen Unterdrückung der Arbeiterklasse einerseits und der allgemeinen Stabilisierung des Kapitalismus andererseits wurden die sozialdemokratischen und opportunistischen Tendenzen im ADGB wieder stärker. Die Gewerkschaftsführung sah sich als Sachwalter der *„Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt"* und glaubte *„hohe Löhne, kurze Arbeitszeit"* durch Rationalisierung sichern zu können (ADGB-Kongress 1925 [16]). Praktisch führte das zur Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Kapitalinteressen. Hinzu kam trotz marxistischen Vokabulars die Auffassung, der Staat stehe über den Klassen und dementsprechend eine unkritische *„Verbundenheit der Gewerkschaftsbewegung mit dem Staat, die Bejahung des Staates"* (Hamburger Gewerkschaftskongress 1928[17]).

Die KPD ging davon aus, dass dieser Opportunismus nur durch die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern im Kampf für ihre Interessen zurückzudrängen sei. Nur durch konkrete Er-

16 *zitiert nach:* Steffen Lehndorff, a.a.O., S. 20

17 *zitiert nach:* Steffen Lehndorff, a.a.O., S. 25

fahrungen im gemeinsamen Kampf würde es möglich sein, die sozialdemokratische Führung zu isolieren und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen zu machen. Eine dauerhafte Einheitsfrontpolitik war die Voraussetzung für die soziale Revolution.

Dass eine dauerhafte Einheitsfrontpolitik nicht allein durch politische Propaganda zu erreichen war, und Akzeptanz bei den Kollegen den Kampf um die täglichen Sorgen und Nöte im Betrieb erforderte, war der KPD klar: die Kommunisten hatten die Aufgabe *„die entschlossensten Führer des Wirtschaftskampfes und der Gewerkschaften zu werden.“*[18] Der Kampf um die Verbesserung Arbeitsbedingungen muss mit den Massen systematisch, beharrlich, hartnäckig- geduldig geführt werden, wie Lenin betonte, so auch in den Gewerkschaften und seien diese noch so reaktionär. Das war Pflicht für jedes KPD-Mitglied.

Doch während die gewerkschaftliche Mitgliedschaft sich radikalisierte, blieben Politik und Zusammensetzung des Gewerkschaftsapparats unverändert. Um die Opposition innerhalb der Gewerkschaften zu stärken, setzte die KPD auf die Betriebsrätebewegung, die sich in ihrer Mehrheit als kämpferischer Teil in den Gewerkschaften verstand, also nicht in Konkurrenz zum ADGB treten wollte.

Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit den Unternehmern wirkte sich auch darin aus, dass die Gewerkschaftsvorstände immer öfter Streikbewegungen abwürgten oder sabotierten. Wie Streiks auch ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsvorstände zu führen seien, wurde zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse immer wichtiger. Kämpferische Belegschaften organisierten in eigener Regie - gegen den Widerstand von oben - zahlreiche örtliche Streiks.

Die Auswirkung der Niederlage von 1923 auf die KPD war u.a., dass sich 1924 eine Parteiführung durchsetzen konnte, die die Austrittstendenzen aus den reformistischen Gewerkschaften und alle Neugründungsbewegungen förderte. Erst mit Ernst Thälmann setzte sich ab 1925 die Linie der Kommunistischen Internationale (KI) wieder durch, und unter seiner Führung erfolgte die organisatorische Umstellung auf die Betriebszellen, die das Rückgrat der KPD bilden sollten.

Diese kommunistischen Parteizellen im Betrieb besprachen außer ihren betrieblichen Zielen natürlich auch ihre Gewerkschaftsarbeit. *„Nur durch dauernde, aufopferungsvolle und einsichtsvolle Arbeit“* sei die *„Herausbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften“* zu erreichen, eine Voraussetzung, dass die Gewerkschaften den Ratschlägen der Partei folge. Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) strebte an, wie es Thälmann formulierte, die Gewerkschaft zu einem *„Klassenkampfwerkzeug gegen die Offensive des Kapitals“* umzuwandeln[19]. Sie war eine unorganisierte Strömung innerhalb der Gewerkschaften, die in ihren Hochzeiten (1927) bis zu einem Drittel der Mitglieder umfasst haben soll.

Die Massenausschlüsse aus dem ADGB ab 1926 - wobei gezielt prominente Vertreter der KPD und der gesamten Opposition herausgegriffen und sogar ganze Ortsausschüsse aufgelöst wurden - gab den Vorstellungen von eigenen revolutionären Gewerk-

18 Gewerkschaftsleitsätze des II. Kongresses der KI, *zitiert nach:* Steffen Lehndorff, S. 35

19 Ernst Thälmann: „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei“ (Rede auf dem XI. Parteitag der KPD am 2. März 1927) *zitiert nach:* Steffen Lehndorff, S. 40

schaften erneut Auftrieb. Die ersten Zellen der RGO waren noch aus der Not geboren: es waren aus dem ADGB ausgeschlossene Kolleginnen und Kollegen, die sich zusammenschlossen, um für ihre Wiederaufnahme einzutreten. In den folgenden Jahren fand jedoch eine organisatorische Verselbständigung der Gewerkschaftsopposition statt, die Umwandlung der RGO in eine Mitgliederorganisation. Das hatte zur Folge, dass die Arbeit in den reformistischen. Gewerkschaften stark zurückging und die Kommunisten in ihnen nur noch geringen Einfluss besaßen.

I. Zwischen Aktionseinheit und Sozialfaschismustheorie

In Erwartung eines Aufschwungs der Arbeiterbewegung entwickelte die KPD eine Offensivkonzeption, die die Stoßrichtung gegen die Sozialdemokratie verschärfte. Während 1926 SPD-Vorstand und KPD-Führung noch erfolgreich für die Fürstenenteignung zusammenarbeiteten, wurde die Einheitsfront von der KPD in den Jahren danach nur noch von unten für möglich gehalten. Die Frontstellung gegen die Sozialdemokratie fand ihren Höhepunkt in dem strategischen Fehler der Sozialfaschismusthese, bei der Sozialdemokratie und faschistische Bewegung praktisch gleichgesetzt wurden. Das lief natürlich allen die Einheitsfrontbestrebungen zuwider. Wissen sollte man aber, dass umgekehrt auch die Sozialdemokraten die Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten betrieben. So nannte Kurt Schumacher die Kommunisten 1930 *„rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten“*[20].

Zugleich drückte sich mit der Sozialfaschismustheorie eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr aus - die KPD erkannte nicht rechtzeitig, dass die Bourgeoisie auf die offene Gewaltherrschaft setzte. Den Hauptstoß hätte sie gemeinsam mit allen Kräften der Arbeiterklasse rechtzeitig gegen die faschistische Bewegung richten müssen.

Die Verantwortung für die Spaltung der Arbeiterklasse in erster Linie der KPD anzulasten, muss allerdings zurückgewiesen werden. Denn es waren die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre, die die Interessen der Arbeiterklasse denen des Kapitals unterordneten und die Gewerkschaften damit entwaffneten. Es war eine sozialdemokratische Regierung, die die Novemberrevolution im Blut erstickte. Und es war ein sozialdemokratischer Polizeipräsident, der am 1. Mai 1929 auf demonstrierende Arbeiter schießen ließ zur Freude der Faschisten.

Vor der Reaktion jedoch wich die SPD kampflos zurück. Sie ließ sich ihr Renommierwerk, das sozialdemokratisch regierte Preußen, am 20. Juli 1932 ohne Gegenwehr aus der Hand nehmen. *„Die verfassungswidrige, rüde Absetzung der rechtmäßig amtierenden preußischen Landesregierung durch den am 10. April 1932 gewählten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg“* – den die SPD im Wahlkampf unterstützt hatte - und den Reichskanzler Franz von Papen *„besiegelte das Schicksal der Weimarer Republik“*[21]. *„Es war wie immer: Auf Kundgebungen der Partei wurden martialische Reden gehalten, empörte Proteste bekundet, scharf formulierte Resolutionen verabschiedet. Das war es*

20 *zitiert nach.* Heinrich Potthoff: „Kurt Schumacher – Sozialdemokraten und Kommunisten“ (Referat bei der Friedrich-Ebert-Stiftung), September 1999, http://library.fes.de/fulltext/historiker/00574010.htm

21 Kurt Pätzold, Tageszeitung junge Welt, 20.7.2012

dann aber auch schon."[22] urteilte der Göttinger Politologe Franz Walter.

Die Aufforderung der KPD zum Generalstreik und zur Einheitsfront an die Adresse von ADGB und SPD nach diesem Staatsstreich wurde von beiden Organisationen als „Provokation" zurückwiesen. Ebenso der Vorschlag eines gemeinsamen Aufrufs zum antifaschistischen Generalstreik vom 30.1.1933. Von der KPD kamen – wenn auch spät - Angebote zur gemeinsamen Aktion, doch es war die SPD, die sie ablehnte, und die Gewerkschaftsführung, die sich am 1. Mai 1933 kampflos den Nazis in die Arme warf.

22 Franz Walter, SPIEGEL online, 19.7.2007

B. Lehren aus dem Faschismus

Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die Brüsseler Konferenz der KPD 1935 nannten schonungslos die Fehler und sektiererischen Positionen der Kommunisten in der Gewerkschaftspolitik. Die mangelnde Verankerung wurde als einer der Gründe für das Scheitern der Einheitsfrontpolitik erkannt. Noch im gleichen Jahr wurde die RGO offiziell aufgelöst und die *„Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien"* als erstrebenswertes Ziel festgehalten. Die Sozialfaschismusthese wurde scharf verurteilt.

Im Exil und in der Illegalität des Widerstandes in Gefängnissen und Konzentrationslagern wurde zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten die Lehren aus der Zeit des deutschen Faschismus gezogen. So sprach sich die Delegiertenkonferenz des Parteiaktivs der Kommunistischen Partei am 22. April 1945 in dem von Häftlingen selbst befreiten KZ Buchenwald genauso für die Gründung von antifaschistischen Einheitsgewerkschaften aus wie das Manifest der demokratischen Sozialisten und das Programm des Volksfrontkomitees. Und als Lehren aus der unvollendeten Revolution 1918 und der tiefgreifenden Niederlage 1933 forderte das Buchenwalder Volksfrontkomitee die Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; die Bildung eines Friedensbündnisses aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen zur Verhinderung neuer Kriege; und die Vereinigung der Arbeiterparteien als starkes Bollwerk gegen reaktionäre und restaurative Bestrebungen.

I. DGB nach 1945: Zwischen Einheitsgewerkschaft und Antikommunismus

Direkt nach 1945 gab es eine Massenstimmung, die Monopolherren als Verantwortliche für Nazi-Regime, Weltkrieg und Nachkriegsnot zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Höhepunkt des Kampfes war der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegsverbrecher in Sachsen wie in Hessen. Die Umsetzung der hessischen Verfassung wurde allerdings durch die amerikanische Besatzungsmacht verhindert.

Als der DGB 1949 gegründet wurde, war der Kampf gegen die Wiedererrichtung der Macht des Monopolkapitals bereits verloren. Statt dem Sozialismus bekam die Arbeiterklasse einen „Sozialstaat". Die Kapitalisten waren zunächst zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, was allerdings nicht hieß, dass sie kampflos ihre Positionen aufgaben. Hervorzuheben ist der Bayernstreik der IG Metall 1954 und die Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1956 nach

einem sechzehnwöchigen Streik der Metaller in Schleswig-Holstein. So konnte die Arbeiterklasse ihre materielle Lage wesentlich verbessern. Das Lohnniveau der westdeutschen Arbeiter und Angestellten und die Sozialleistungen lagen über dem Durchschnitt in anderen imperialistischen Ländern Westeuropas. Das war der besonderen Klassenkampfsituation, der Teilung Deutschlands, geschuldet: Bei allen Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfen spielte die DDR im Hintergrund als „dritter Verhandlungspartner" eine wichtige Rolle.

Die Spaltung in politische Richtungsgewerkschaften und Berufsverbände wurde 1949 endlich überwunden: der DGB wurde auf den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft - d. h. dass jede politische und religiöse Weltanschauung außer der faschistischen in ihm ihren Platz hat - und der Industriegewerkschaft aufgebaut, d.h. dass in jedem Betrieb nur eine Gewerkschaft vertreten sein soll. Allerdings ist der DGB bloß ein loser Zusammenschluss von Einzelgewerkschaften, die weitgehend autonom sind, was den politischen Kampf gegen Kapital und Regierung erheblich erschwert. Denn hinter dem DGB steht keine Kampfkraft, er ist darauf angewiesen, dass die Einzelgewerkschaften sich einigen.

Durch die Spaltung Deutschlands wurde auch die Gewerkschaftsbewegung in Ost und West gespalten. Die DGB-Führung wurde in dieser Zeit zu einer *„Stütze der Adenauerschen Außenpolitk"*[23], ihre Vorsitzenden Böckler und Fette sprachen sich offen für die Remilitarisierung aus. Die politische und wirtschaftliche Restauration ließen den Antikommunismus schnell wieder aufleben. Da kam es gerade recht, dass die KPD in der 37. These des Münchener Parteitages von 1951 die *„rechten Gewerkschaftsführer"* – also nicht alle Gewerkschaftsmitglieder - kritisierte: Sie würden im *„Auftrage und im Interesse des amerikanischen Imperialismus und im Einklang mit den deutschen Monopolisten"* versuchen, die Gewerkschaften *„in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen"*. Die Genossen wurden aufgefordert, *„Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer"*. Allen kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären wurde daraufhin eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, ein sog. Revers, mit der Forderung, sich von diesen Positionen zu distanzieren. Die KPD andererseits drohte ihnen

23 Deppe u.a., S. 329

für diesen Fall den Ausschluss an, was sich als schwerer taktischer Fehler erwies. So verlor die KPD viele Mitglieder bzw. die Treue zur Partei kostete vielen Kommunisten ihre gewerkschaftliche Funktion. Der Einfluss der Kommunisten auf die Politik der Gewerkschaften ging merklich zurück, was den Kampf gegen die Wiederbewaffnung schwächte.

Auf dem Hamburger Parteitag 1954 wurde dann die These 37 korrigiert, da der 3. DGB-Kongress 1954 auf massiven Druck der Basis hin inzwischen die Haltung zur Remilitarisierung korrigiert hatte und sie ablehnte. Die Unterschrift unter Reverse wurde den KPD-Mitgliedern erlaubt. Sie wurden aufgefordert, *„für die Stärkung der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter“* einzutreten. Dies hielt Georg Leber, den stellvertretenden Vorsitzenden der IG Bau, nicht davon ab, im Januar 1956 putschartig und satzungswidrig Kommunisten aus führenden Funktionen zu entfernen (z.B. den gesamten Bezirksverband Niederrhein, weil er kommunistisch unterwandert sei) .

Mit dem 1956 folgenden Verbot der KPD hatte die Reaktion ihr Ziel erreicht. Wieder einmal gelang es ihr, den klassenkämpferischsten Teil der Arbeiterklasse in die Gefängnisse und in die Illegalität zu drängen und ein offenes Auftreten der KPD in den Betrieben zu verhindern. Die BRD war außer dem faschistischen Spanien und Portugal der einzige Staat Westeuropas, in dem die kommunistische Partei verboten war, und das aufgrund eines Urteils, das nicht auf nachweisbaren Taten beruhte, sondern die wissenschaftliche Weltanschauung der Kommunisten und die Kritik am Kapitalismus unter Strafe stellte.

So wurde aus der Einheitsgewerkschaft, die sie per Statut nach wie vor ist und die wir einfordern und mit Leben erfüllen sollten, dem Inhalt nach eine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft, selbst wenn einzelne Kommunisten Funktionen in ihr inne haben.

Beim Kampf um die Mitbestimmung, um ein demokratisches Betriebsverfassungsgesetz, das die Kontrollratsgesetze ablösen sollte, war der Rausschmiss vieler Kommunisten aus den Gewerkschaften bereits empfindlich zu spüren. Als der Entwurf 1952 veröffentlicht wurde, gingen insgesamt zwei Millionen Werktätige gegen ihn auf die Straße, der Generalstreik wurde gefordert. Doch der DGB-Bundesvorstand brach die Protestaktionen bald ab und setzte auf die Abstimmung im Bundestag.

Der Kampf ging verloren und Adenauer konnte die *„vertrauensvolle Zusammenarbeit [...] zum Wohle des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls“* festschreiben. Außerdem wurde dem Betriebsrat auferlegt, keine Arbeitskampfmaßnahmen gegen die Unternehmer durchführen. Gegenüber den Kollegen wurde ihm Schweigepflicht verordnet und die politische Betätigung verboten. Alle wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen, Investitionen, Verlagerung, Schließung usw., bleiben den Unternehmern vorbehalten; für den Betriebsrat dagegen bloße Informations- und Beratungsrechte. Mitbestimmung ist lediglich bei den Auswirkungen unternehmerischer Maßnahmen vorgesehen. - Selbst bei der günstigeren Ausgangsposition 1970, als von einer SPD-Regierung eine Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes beschlossen wurde, gab es keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen, da der DGB keine kämpferischen Positionen einnahm.

Das Hauptziel des KPD-Verbots war es, die stärkste Kraft im Kampf gegen die Wiederbewaffnung der BRD auszuschalten. Sie bildete das Rückgrat der Volksbefragungsausschüsse, die trotz Verbots durch die Bundesregierung eine Volksbefragung zur Remilitarisierung durchführten. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnte bei Abstimmungen im gesamten Gebiet der BRD die Remilitarisierung ab. In den Betrieben waren es oft über 90 Prozent. Nach einer gewaltigen Demonstration vor der Frankfurter Paulskirche, die der DGB mitgetragen hatte, lehnte er jedoch ein Volksbegehren gegen die Pariser Verträge ab - der Weg für die Gründung der Bundeswehr war frei.

Ähnlich war die Entwicklung bei den Notstandsgesetzen. Die Forderung von 70 000 Menschen, die sich am 11.5. 1968 nach einem „Sternmarsch" auf Bonn versammelten, hieß Generalstreik! Erneut entzog sich der DGB seiner Verantwortung, da er im Streik gegen eine *„demokratisch gewählte Regierung"* einen Verstoß gegen die parlamentarische Demokratie sah.

Nach der Gründung der DKP 1968 – die Beseitigung des KPD-Verbots wurde nicht erreicht – konnten die Kommunisten wieder öffentlich in die zunehmenden wirtschaftlichen Kämpfe wie beispielsweise die Septemberstreiks 1969 eingreifen. Ende der 60er Jahre waren sie in der Lehrlingsbewegung aktiv, unterstützten die gewerkschaftliche Solidarität mit Befreiungsbewegungen der sogenannten „Dritten Welt" wie auch den Aufbau von betrieblichen Friedensinitiativen in den 80er Jahren.

DKP und SDAJ waren beim Kampf für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden von IG Metall und IG Medien beteiligt, der letzten großen offensiven und erfolgreichen Klassenkampfaktion der Gewerkschaften. Durch Kampagnen in den Betrieben wie in der Öffentlichkeit trugen sie zur Akzeptanz und Mobilisierung für dieses gewerkschaftliche und gesellschaftliche Ziel bei.

C. Stellvertreterpolitik und Opportunismus

Ausgerechnet eine der Errungenschaften des BetrVerfG, die Freistellung von Betriebsräten von der Lohnarbeit, hat dazu geführt, dass viele Kollegen diese Einrichtung so begreifen, dass die Betriebsräte stellvertretend für sie die betrieblichen Konflikte lösen sollen. Leider wird dies von vielen Betriebsräten auch gefördert, wobei sie wissen müssten, dass jedes Betriebsratsgremium nur so stark ist wie die Belegschaft hinter ihm.

Weitgehend ausgeschlossen sind die Mitglieder in so wesentlichen Fragen wie Aufruf oder Nichtaufruf zu Arbeitskampfmaßnahmen, ihre Art der Durchführung oder der Zeitpunkt ihrer Beendigung. Die Folge ist ein Versicherungsdenken und eine Entpolitisierung der Mitglieder. Das Stellvertreterunwesen in den Gewerkschaften verhindert in großem Ausmaß, dass die Arbeiterklasse selber Erfahrungen macht, daraus ihre Schlüsse und Konsequenzen zieht. Das aber ist eine wesentliche Voraussetzung für die Kommunisten, Klassenbewusstsein bei den Kollegen zu entwickeln und die innergewerkschaftliche Demokratie zu fördern.

Dem Sozialabbau, der schon unter Helmut Schmidt zu Beginn der 80er Jahre einsetzte, ist auf tarifpolitischem Wege nicht zu begegnen, er erfordert immer dringlicher den politischen Massenstreik. Dieser ist jedoch seit

Beginn des 20. Jahrhunderts, als Rosa Luxemburg in der SPD die Auseinandersetzung um ihn führte, innerhalb der deutschen Gewerkschaften ein Tabu. Was in Ländern wie Belgien, Frankreich, Italien, Griechenland und vielen anderen als selbstverständliches Kampfmittel der Arbeiterklasse gilt, wird von der deutschen Sozialdemokratie – immer mit Hinweis auf einen angeblich funktionierenden Parlamentarismus - mit allen Mitteln bekämpft und wächst sich immer mehr zu einer allgemeinen Streikfeindlichkeit aus.

Die Tabuisierung des politischen Massenstreiks oder Generalstreiks macht es in Deutschland besonders schwer, von Teilkämpfen zum Kampf Klasse gegen Klasse zu kommen. Gerade das ist aber dringend notwendig - andernfalls besteht die große Gefahr, dass eine Reihe von kampflosen Kapitulationen auf der einen Seite und von Niederlagen in mutigen, aber isoliert bleibenden Teilkämpfen auf der anderen Seite die noch vorhandene Kampfkraft der Klasse zunehmend zersetzen und die Arbeitenden demoralisieren.

Es ist unerlässlich für die Revolutionierung der Arbeiterklasse, dass sie dem notwendigen täglichen Verteidigungskampf nicht ausweicht. Aber eine Arbeiterorganisation, die die sozialistische Revolution für unnötig oder unerreichbar hält, wird sich Sorgen um die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst machen, als *„wäre das Verhältnis von Arbeit und Kapital ein ewiges“*, wie Marx feststellte. Und das Ergebnis: sie werden auch beim täglichen Kampf Bedenken haben, konsequent für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Sie werden vor lauter Bedenken und Abwägen der Interessen von Kapital und Arbeit die Verelendung der Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht einmal wesentlich verlangsamen können.

Dass die reformistische Bewegung seit über 100 Jahren die deutschen Gewerkschaften dominiert, ist hauptsächlich auf das Entstehen einer Oberschicht der Arbeiterklasse zurückzuführen, die das Kapital mit Hilfe der gestiegenen Profite im Imperialismus materiell besser stellt als den Rest der Arbeiterklasse, damit sie sich mit dem System versöhnt.

Zu ihr gehört z. B. ein Großteil der „Betriebsratsfürsten“, der hauptamtlichen Funktionäre der Gewerkschaften und der Führer der reformistischen Arbeiterparteien an („Arbeiteraristokratie“ von Lenin genannt). Als Träger bürgerlicher und opportunistischer Ideologien stützen sie innerhalb der Arbeiterklasse die Vorherrschaft der Bourgeoisie. Gewählte eigene Vertreter sind weit besser befähigt, die Arbeiter an den Kapitalismus zu binden als die Vertreter des Kapitals - eine Festung wird am besten von innen genommen. *„Die Bourgeoisie braucht Handlanger, denen ein Teil der Arbeiterklasse vertraut und die die Bourgeoisie mit Redereien über die Möglichkeit des reformistischen Weg aufputzen und herausstreichen, dem Volk mit solchem Redereien Sand in die Augen streuen, das Volk durch Ausmalen der Reize und Möglichkeiten des reformistischen Wegs von der Revolution ablenken.“*[24]

Das heißt aber nicht, dass mit der Übernahme von betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen automatisch ein Gesinnungswandel verbunden ist. Lenin betont, dass die Entwicklung nicht das Ergebnis mangelnder Moral einzelner Arbeiterfunktionäre ist. Der Opportunismus sei kein Verrat einzelner Personen, *„sondern das soziale Produkt einer*

24 W. I. Lenin: „Über die Aufgaben der III. Internationale“, LW Bd. 29, S. 500

ganzen historischen Epoche"[25], des Monopolkapitalismus.

Es geht nicht darum, auf der einen Seite Arbeiterverräter anzuprangern, auf der anderen Seite eine kampfbereite Arbeiterklasse zu vermuten, die von der Arbeiteraristokratie an revolutionären Taten gehindert wird. So einfach ist das nicht. Beide stehen in dialektischem Zusammenhang miteinander.

Das Klassenbewusstsein der überwiegenden Zahl der Kolleginnen und Kollegen und auch der Gewerkschaftsmitglieder ist zurzeit gering. Das ist zum großen Teil Folge der jahrzehntelangen Sozialpartnerschaftspolitik, die die Arbeiteraristokratie maßgeblich zu verantworten hat, und heute ist die Sozialpartnerschaft längst in den Köpfen der Werktätigen verankert. Richtig ist aber auch, dass die Arbeiteraristokratie nur so selbstbewusst agieren und sich die Gewerkschaft offensiv zu Eigen machen kann, weil die überwiegende Masse der Kolleginnen und Kollegen sie nicht daran hindert. Es ist ihr mangelndes Klassenbewusstsein und ihr Hoffen, dass es schon jemand für sie richten werde, sei es von der Gewerkschaft, sei es von einer Partei. Der Kampf gegen die Stellvertreterpolitik gehört deshalb zu unseren vordringlichsten Aufgaben.

Erst eine Minderheit der Gewerkschaftsmitglieder fordert von der Gewerkschaftsführung einen entschlossenen und konsequenten Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals. Dort aber, wo die Arbeiterklasse sich kämpferischer zeigt als von der Arbeiteraristokratie erwünscht, wird sie ausgebremst, zum Teil auch ihrer Funktionen enthoben.

Um die Aktionseinheit herzustellen und die sozialdemokratischen und parteilosen Kolleginnen und Kollegen für einen klassenkämpferischen Kurs zu gewinnen, müssen wir die opportunistische Gewerkschaftspolitik offen aber konkret kritisieren – mit dem erklärten Ziel, den Hauptstoß umso besser gegen das Kapital richten zu können. Denn wenn sich die Arbeiterklasse einig wäre, dann gäbe es keine Macht der Welt, die ihr widerstehen könnte.

25 W. I. Lenin: „Der Zusammenbruch der II. Internationale", LW Bd. 21, S. 243

Arbeitsfragen

Diskussionsfrage 1: Für Rosa Luxemburg besteht zwischen Sozialreformen und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang. Was meint sie damit, wenn sie den Kampf um die Sozialreform als Mittel und die soziale Umwälzung als Zweck bezeichnet?

Diskussionsfrage 2: Inwiefern ist der DGB eine Einheitsgewerkschaft und inwiefern ist er es nicht? Diskutiert diese Frage.

Diskussionsfrage 3: Diskutiert Parallelen im Kampf der Gewerkschaftsbewegung heute und der Weimarer Republik. Wie können wir als SDAJ diesen Kampf unterstützen und zu einem Kampf um den Sozialismus ausweiten? Was können wir dafür aus der Geschichte unserer Bewegung lernen?

3. Kämpferische Arbeiterjugendpolitik heute

In diesem Herbst[26] werden vielerorts in den Kommunen die Angriffe in Form von Kürzungen und weiteren Privatisierungen durchschlagen. Die Schuldenbremsen des europäischen Fiskalpakts, aber auch ihre Entsprechungen auf Bundes- und Landesebene werden hier benutzt, genauso wie kommunale Kürzungspakete, wie zum Beispiel in NRW das sogenannte „Stärkungspaktgesetz Kommune" oder in Hessen das von der Landesregierung geplante Haushaltskonsolidierungskonzept 2013. Vor allem die Arbeiterjugend ist von all diesen Angriffen des Kapitals betroffen: Die offizielle Arbeitslosenquote unter Jugendlichen liegt bei fast 10%, genauso viele Jugendliche befinden sich in Maßnahmen oder Warteschleifen. Kostenpflichtige und schulische Ausbildungsgänge boomen. Auch die Arbeitsbedingungen für die Arbeiterjugendlichen, die Arbeit haben, werden prekärer. Der Reallohn sinkt, Befristung, Leiharbeit und Werkverträge nehmen weiter zu.

Das deutsche Kapital konnte bei Nutzung seines Produktivitätsvorsprungs, seiner erfolgreichen Lohndrückerei und des Euros die kapitalistische Konkurrenz in der EU mit seiner „Exportwalze" erfolgreich hinter sich lassen. Doch inzwischen holt die Krise auch die deutsche Industrie ein. So will z. B. General Motors (GM) Überkapazitäten abbauen, indem es Opelwerke schließt. Bei MAN Roland wurde z.B. massiv auf Kurzarbeit umgestellt. Durch die Kurzarbeit können die Profite der Unternehmen auf Kosten der Belegschaften gesichert werden. Den Unternehmen bleiben dadurch, eingearbeitete Kolleginnen und Kollegen erhalten, die sie jedoch nicht selbst bezahlen müssen. Die Bundesagentur für Arbeit und die Beschäftigten selbst bezahlen die Kurzarbeit, während die Leiharbeiter je nach Belieben der Unternehmensleitung jederzeit entlassen werden können. Ein drastischer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, massive Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen stehen bevor. Wie kann der Widerstand gegen diese Angriffe entwickelt werden und welche Rolle spielen dabei die Gewerkschaften?

26 Herbst 2012

A. Gewerkschaften heute

Die Gewerkschaften sind die elementare und größte Klassenorganisation und haben potentiell die Kraft, nicht nur kleine Veränderungen in Abwehrkämpfen zu erreichen, sondern gemeinsam mit der Partei der ArbeiterInnenklasse den Kapitalismus zu stürzen. Dafür müssen sozialpartnerschaftliche Illusionen in ihren Reihen überwunden werden, wie sie tief in der Klasse verankert sind und von vielen Gewerkschaftsspitzen aktiv vertreten werden.

Der Zusammenschluss der Arbeitenden in Gewerkschaften erfolgt, wie wir in der Bildungszeitung bisher gesehen haben, nicht auf Grund irgendwelcher Ideen, sondern ergibt sich aus der objektiven Interessenlage der ArbeiterInnen im Kapitalismus und aus dem Gegensatz ihrer Interessen zu denen des Kapitals. Ob IndustriemechanikerIn oder VerkäuferIn, ProgrammiererIn oder Krankenpfleger/-schwester, StammbeschäftigteR oder LeiharbeiterIn: alle Arbeitenden müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, weil sie nicht über eigene Produktionsmit-

tel oder andere Vermögen verfügen, von denen sie leben könnten. Diese gemeinsame Lage macht sie, ob ihnen das bewusst ist oder nicht, über alle Unterschiede hinweg zu Angehörigen einer Klasse, der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften kämpfen zunächst nur gegen die Angriffe des Kapitals. Aber gerade in diesen Kämpfen wird der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ebenso deutlich wie auch die potentielle Kraft der Arbeitenden, wenn sie sich zusammenschließen und kollektiv handeln. Lenin nennt deshalb die Gewerkschaften „Schulen des Klassenkampfes". Die Kommunistinnen und Kommunisten haben also die Aufgabe, in den Gewerkschaften zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen für Verbesserungen der momentanen Lage der Klasse einzutreten und sich aktiv am Kampf der Gewerkschaften zu beteiligen. Dabei zeigen sie den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auf und drängen auf dessen Auflösung, auf die Überwindung des Kapitalismus.

In den Gewerkschaften können die Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter Klassenbewusstsein entwickeln. Nur in der gemeinsamen Auseinandersetzung mit den Kolleginnen und Kollegen gegen die Kapitalseite können sie Solidarität für ihre eigene Klasse entwickeln und die Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse überwinden, die ihnen beim gemeinsamen Kampf im Weg stehen. Nur hier können sie lernen, dass Disziplin und Ausdauer unerlässlich sind um erfolgreiche Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der Unternehmer und ihrem Helfer, dem bürgerlichen Staat, zu führen und eigene Forderungen durchzusetzen.

Eine klassenkämpferische Politik der Gewerkschaften ist auch im Kapitalismus und in einer seiner bisher schwersten Wirtschaftskrisen möglich. Dies geht allerdings nur, wenn sich die klassenkämpferischen Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften zusammenschließen und gemeinsam für die Durchsetzung ihrer Interessen und gegen die Interessen der Unternehmer kämpfen, ob es den Gewerkschaftsführungen passt oder nicht. Das Verhalten der Führung ist keine Voraussetzung für erfolgreiche/erfolglose Kämpfe. Ansonsten verschieben wir den Klassenkampf auf den Sankt Nimmerleinstag. Kämpfe müssen hier und heute notfalls auch ohne Genehmigung von ganz oben durchgeführt werden.

Die Gewerkschaftsführung hat aus Sicht des Kapitals die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu integrieren. Ob sie das schafft oder nicht hängt aber nicht davon ab, ob sie ihren Kurs ändert, sondern ob es uns langfristig gelingt, eine kämpferische Gewerkschaftspolitik in den Betrieben zu etablieren, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung. Nicht vergessen werden sollte die Tatsache, dass sich die Gewerkschaftsführung auf die Arbeiteraristokratie stützt[27]. Sie ist allerdings nicht einfach „wegzumachen", sondern nur durch „Basisinitiativen" unter Druck zu setzen. Der Kurs der Klassenzusammenarbeit wird **erleichtert** durch die kampfschwache Basis. Wir lenken unsere Hauptaugenmerk auf den Klassengegner und nicht auf die Gewerkschaftsführung. In der Auseinandersetzung mit dem Klassengegner (ideologisch, ökonomisch, politisch) kritisieren wir die Gewerkschaftsführung dafür, dass sie sich mit unserem eigentlichen Gegner nicht anlegen will.

27 siehe Text 2

I. Historischer Wendepunkt: Der Umbruch seit 1990

In Deutschland fiel seit 1990 die DDR als „3. Verhandlungspartner" in den Klassenauseinandersetzungen weg. Zuvor übte sie durch ihre sozialen Errungenschaften indirekt Druck auf die Unternehmer in Westdeutschland aus und wurde deswegen als „3. Verhandlungspartner" bezeichnet. Seit dem Ende der DDR wird das sozialistische Ziel in der Arbeiterklasse mehrheitlich als gescheitert angesehen und höchstens noch als eine Utopie betrachtet. Der Kapitalismus als das Endziel der Geschichte wird weitestgehend akzeptiert. Auch innerhalb der gewerkschaftlichen Basis machte sich politische Resignation breit. Diese erleichterte den Anpassungskurs der Gewerkschaftsführungen, ihren Kurs der verstärkten Klassenzusammenarbeit, als einzige Art und Weise für Verbesserungen der eigenen Lebens- und Arbeitssituation zu präsentieren. Die Führungen der beiden mitgliederstärksten deutschen Gewerkschaften IG Metall und ver. di stimmten z.B. dem, von der rot-grünen Bundesregierung 1998-2005, durchgesetzten Sozialabbau mit Hartz IV und Agenda 2010 zu. Klassenkämpferische Kräfte wurden in den Gewerkschaften marginalisiert. Die sogenannten „Traditionalisten" (wie diese Kräfte teilweise genannt werden) widersetzten sich dem Agenda-Kurs und dessen Fortsetzung unter der CDU-Regierung wie z.B. die Rente mit 67.

Die Gewerkschaftsführungen, die auf Sozialpartnerschaft setzen, lassen es meist erst gar nicht zu Arbeitskämpfen kommen. Das machen sie nicht unabsichtlich oder unbewusst. Nach dem Tarifabschluss der IG Metall mit den Metall- und Elektrokapitalisten verkündete der IG Metall-Vorstand: *„Es ist geschafft. Unbefristete Streiks sind abgewendet."*[28]

Die Sozialdemokratie, der die Mehrheit der DGB-Gewerkschaftsführer angehört, hegen heute die Illusion, dass in der BRD eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben werden könnte wie in den 1950er bis zum Teil in die 1980er Jahre hinein. Zu einer solchen Politik fehlen allerdings zwei grundsätzliche Vorraussetzungen, die in der Vergangenheit das Kräfteverhältnis zu Gunsten der ArbeiterInnenklasse beeinflussten. Zum einen ist die Zeit der sogenannten "Vollbeschäftigung" vorbei, die dem Wiederaufbau der zerstörten Produktionsanlagen, der Infrastruktur und Wohnungen etc. zu verdanken war, der Rekonstruktionsphase des deutschen Kapitals nach dem 2. Weltkrieg, bis zur ersten kleinen Krise 1967 und ihrem absoluten Ende mit der Wirtschaftskrise 1975. Sie existierte bis Mitte der 1970er Jahre in Westeuropa und der BRD. Zum anderen fehlt heute die Ausstrahlungskraft und der indirekte Druck des sozialistischen Lagers, besonders der sozialistischen DDR, als sogenannter „3. Verhandlungspartner"

II. Und jetzt? Der Kampf in der Krise

Die Frage, ob es sich inmitten einer Weltwirtschaftskrise für höhere Löhne kämpfen lässt, haben sich zu Beginn der Tarifrunde 2010 einige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gestellt. Eines steht schonmal fest: In Zeiten der Prosperität der kapitalistischen Wirtschaft lässt es sich in jedemfall komfortabler Kämpfen. Karl Marx schreibt über die kapitalistische Produktion: *„Sie macht nacheinander den Zustand der Stille, wachsender Belebung, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation durch. (...) ... während der Phasen der*

28 IG Metall Extranet vom 19.05.2012

Krise und der Stagnation ist der Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohns gewärtig. (...) Wenn er nicht bereits während der Prosperitätsphase (...) für eine Lohnsteigerung kämpfte, so käme er im Durchschnitt eines industriellen Zyklus nicht einmal zu seinem Durchschnittslohn ..."[29]

Das sollte uns natürlich nicht davon abhalten, dem Druck der Unternehmer nach "maßvollen" - also schlechteren - Lohnabschlüssen nicht nachzugeben, sondern auch in Krisenzeiten für höhere Löhne zu kämpfen.

Hinzuzufügen ist, dass die Tarifauseinandersetzung innerhalb der Weltwirtschaftskrise nicht nur für die Anhebung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten geführt werden muss. Denn Mitten in der Weltwirtschaftskrise ist es auch notwendig, in den Tarifauseinandersetzungen den Kampf gegen die Angriffe der Banken und Konzerne auf den gesamten Lebensstandard der lohnabhängigen Menschen zu führen. Das Kapital möchte seine Krise auf unsere Kosten austragen, wir sollen sie bezahlen und müssen mit immer mehr Angriffen rechnen, obwohl die großen Monopole von gefüllten Auftragsbüchern reden und ihre Milliardenprofite machen. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass sich schon vom Jahr 2004 bis zum Jahr 2009 in keinem anderen Land der EU, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der lohnabhängigen und erwerbslosen Menschen so stark verschlechtert wurden, wie bei uns in Deutschland. Allein in diesem Zeitraum stieg die Anzahl derjenigen Menschen, die bei uns „Arm trotz Arbeit" sind von 4,9% auf 7,1%. Auf der ganzen Welt stiegen die Löhne durchschnittlich um ein Viertel, in Deutschland sanken sie in den letzten 10 Jahren um 4,5 Prozent. Millionen Beschäftigte wurden entlassen und die die blieben, müssen mehr und schneller arbeiten. Unsere Wochenarbeitsszeit steigt immer weiter an. Durchschnittlich arbeiten wir nun 41 Stunden pro Woche. Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen führten zu einem massiven Anstieg unbezahlter Überstunden. Niedrige Tarifabschlüsse in den Jahren auch vor der Weltwirtschaftskrise führten zu niedrigen Lohnstückkosten und abgesenkten Lohnnebenkosten für das deutsche Kapital. Die Angst vor der Erwerbslosigkeit und Hartz IV übte Druck auf die Kolleginnen und Kollegen aus, sich aus Angst vor einem Arbeitsplatzverlust mit niedrigen Tarifabschlüssen zufrieden zu geben. Damit konnte der deutsche Imperialismus trotz Krise seine Vorherrschaft im Export weltweit sichern.

III. Beispiele aus einer Tarifauseinandersetzung der IG-Metall in diesem Jahr

Die Ergebnisse der Tarifauseinandersetzungen 2010 und 2012 wurden von den Vorständen der zwei größten deutschen Gewerkschaften als Erfolge abgefeiert. Real bedeuten sie für die Beschäftigten jedoch keine so großen Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Schaut man sich die Ergebnisse der Tarifrunden genau an, stellt man fest, dass sie von den Gewerkschaftsführungen schön geredet wurden.

So wurden z. B. 2012 in der Metall- und Elektroindustrie nicht 4,3% von der IG Metall erzielt, sondern nur 3,96%, rechnet man die Laufzeit von 13 Monaten auf ein Jahr um. Unbefristete Streiks wurden vom IG Metall-Vorstand verhindert. Das war in jedem Fall ein Gewinn für die Kapi-

29 Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit"; MEAW, Bd. 3

talseite und nicht für die Beschäftigten. Denn das Kapital hat durch den Streikverzicht viel gespart. 3,96% hat sich das Metall- und Elektrokapital diesen Streikverzicht kosten lassen. IG-Metall-Chef Huber feierte den schnellen Tarifabschluss dennoch ab: „Auf dieses Ergebnis können wir Stolz sein“ (Metallzeitung Juni 2012). „Die Entgelterhöhung von 4,3 Prozent ist die höchste der letzten 20 Jahre.“ behauptete Huber außerdem. Doch da der Abschluss real unter vier Prozent lag, setzt er nahtlos an die niedrigen Lohnerhöhungen der letzten 20 Jahre an. So lange haben sich die Lohnabhängigen an niedrige Lohnerhöhungen gewöhnt.

Engels schreibt dazu bereits 1881: *„Die Arbeiter gewöhnen sich nach und nach an einen immer niedrigeren Lebensstandard. Während die Arbeitszeit eine Tendenz zur Verlängerung zeigt, nähern die Löhne sich immer mehr ihrem absoluten Minimum - jener Summe, unterhalb derer es für den Arbeiter unmöglich wird, zu leben und sein Geschlecht fortzupflanzen.“*

Die Löhne sind mittlerweile so stark gesunken, dass das Kapital nichts mehr fürchtet, als Arbeitskämpfe. Sogar der „SPIEGEL“, stellt zum diesjährigen Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie fest:

„Der Lohnkostenanteil in der hochtechnisierten Metallindustrie liegt inzwischen so niedrig, dass es sich für die Arbeitgeber längst nicht mehr lohnt, deswegen einen flächendeckenden Streik zu riskieren. Lieber den Arbeitern etwas mehr zahlen, so die vorherrschende Logik, als zu riskieren, dass teure Maschinen während eines Streiks stillstehen und wichtige Aufträge verlorengehen.“[30]

Der Tarifabschluss bedeutet gleichzeitig einen Zugewinn für die Kapitalisten in einem anderen Bereich. Die IG-Metall-Führung hatte diesen Zugewinn bereits selbst in eine offizielle Losung gepackt und der Kapitalseite in den Tarifverhandlungen auf dem Silbertablett serviert: „Leiharbeit fair gestalten“. Die IG-Metall-Spitze hat aufgegeben für das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen zu kämpfen und damit die Spaltung zwischen „Stammbelegschaften“ und Leiharbeitern aufzuheben.

Das Ergebnis war im Abschluss, wie es in der Metallzeitung vom Juni 2012 geschrieben steht somit die Verschärfung der Spaltung der Lohnabhängigen: *„Jetzt steht im Tarifvertrag, dass Leihbeschäftigte nur noch eingesetzt werden, wenn klar ist, dass sie die Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze der Stammbeschäftigten nicht bedrohen“*

Demnach ist die IG Metall scheinbar nur die Gewerkschaft der Stammbelegschaften, denn die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie können auch weiterhin je nach Wirtschaftslage und kurzfristigen Interessen ihrer Bosse von einem Tag auf den anderen auf die Straße gesetzt werden. Zwar wurde im Tarifabschluss festgelegt, dass Leiharbeiter, die zwei Jahre in einem Betrieb sind von diesem fest angestellt werden müssen, doch diese Regelung betrifft nur eine Minderheit der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Denn die durchschnittliche Beschäftigungsdauer der Leiharbeiter in der Metallindustrie beträgt 12 Monate im selben Betrieb. Außerdem können die Unternehmen die Leiharbeiter einfach rechtzeitig austauschen, wenn sie die Abmachung umgehen wollen. Oder sie weichen auf Werkverträge aus, eine bereits jetzt äußerst beliebte Tak-

30 SPIEGEL online vom 19.05.2012

tik der Unternehmen. Der Abschluss mit den Zeitarbeitsfirmen war für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zumindest ein Erfolg, da sie über ihn nun einen höheren Lohn erhalten auch wenn sie immer noch jederzeit kündbar sind.

Die Übernahme der Azubis war auch ein Ziel der IG-Metall mit dem sie in die Tarifverhandlungen dieses Jahr rein ging. Dieses Kampfziel entspricht den Interessen der Azubis heute.

Doch was nach Tarifabschluss dabei raus kam, stellt leider gar keine Veränderung dar. Man kann es auf der Homepage von „Gesamtmetall" nachlesen: *„Die unbefristete Übernahme ist **wie bisher auch** der betriebliche Normalfall. Für welche und wieviele Ausgebildete sie gilt, **bestimmt allein** der Arbeitgeber."*[31]

„Schade!" kann man zu diesem Ergebnis eigentlich nur noch sagen, denn damit ist für die Azubis in der Realität gar nix gewonnen, da überhaupt kein Druck auf die Unternehmen existiert, ihre Azubis auch wirklich zu übernehmen. Sie können eben vorgehen „wie bisher" und halten sich dabei auch noch an den Tarifvertrag.

Es sollte nun nicht unsere Orientierung sein, der örtlichen IGM-Jugend permament die Schwäche dieses Abschlusses unter die Nase zu reiben. Es soll an dieser Stelle nur verdeutlichen, dass mit dem Tarifvertrag die Forderung nach Übernahme nicht gegessen ist, schon gar nicht was die Gesamtheit der Arbeiterjugend angeht. Unsere Argumentation für eine Fortsetzung des Kampfes um Übernahme und für ein Verbot von Leiharbeit sollte sich auf die dramatische Situation der Mehrzahl der Jugendlichen in Deutschland stützen. Unsicherer werdende Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, fehlende Ausbildungsplätze, Übernahme auf Zeit usw. sind nicht vom Tisch, sondern nehmen im Gegenteil zu.

31 Hervorhebungen von uns.

B. Der Bewusstseinsstand in der Arbeiterjugend

Ein wichtiger Punkt bei der Annäherung an Gewerkschafts- und AJP-Arbeit ist der Bewusstseinsstand Arbeiterjugendlicher heutzutage und wie wir unsere Agitation und Propaganda dementsprechend darauf ausrichten. Wir sollten uns ein nüchternes Bild des Organisations- und Bewusstseinsstandes der Arbeiterjugend verschaffen. Dabei müssen wir gleichermaßen herausfinden, welche Tendenzen Klassenkämpfe hemmen, also quasi die „Bremsen" entdecken, aber genauso erarbeiten, womit wir denn weiterkommen. Es geht also um die spannende Frage, wie wir in einer Zeit schwach entwickelten Klassenbewusstseins mehr Kolleginnen und Kollegen in Kämpf einzubeziehen und ihnen dabei eine kämpferische Orientierung und letztlich den den Sozialismus näher zu bringen. Dabei gibt es Tendenzen, die in der gesamten Arbeiterklasse vorherrschen und damit auch bei der Jugend, aber es gibt nochmals spezielle Tendenzen unter der Jugend.

Auf folgende „Hindernisse" stoßen wir in unserer AJP-Arbeit bzw. fallen uns sofort auf, wenn wir im Betrieb gewerkschaftliche Arbeit machen:

I. Fehlende Kampferfahrung

In der Regel sind Jugendliche ohne Klassenbewusstsein, wenn sie in das Arbeitsleben eintreten. Sie wissen meistens nicht, dass ihre Arbeitsbedingungen das Produkt von Ausein-

andersetzungen sind, sie nehmen sie als gegeben an. Das ist keine bahnbrechende neue Erkenntnis, ist aber doch wichtig um das weitere zu verstehen. Nach und nach fangen einige an, sich an einzelnen Punkten zu stören. Sei es das Verhalten der Ausbilder, das fehlende Geld oder dass man ständig das selbe tun muss. Meist wird dann aber nach individuellen Lösungen gesucht, nicht solidarischen, besonders bei der Frage der Übernahme. Man macht einfach sehr selten die Erfahrung, dass es sich lohnt organisiert und gemeinsam zu handeln, denn „die Chefs und die Politik machen eh was sie wollen", sie sitzen am längeren Hebel, das Bewusstsein ist schnell da. Gewerkschaften sind meist unbekannt, da sie bis auf in den Großbetrieben nicht direkt erfahrbar sind.

Hinzu kommt einfach, dass unsere Generation im Gegensatz zur Generation unserer Eltern kaum größere Klassenkämpfe mitbekommen hat. Damit sind noch nichtmal Highlights wie den Kampf um die 35-Stundenwoche in den 80ern gemeint. Selbst Tarifrunden laufen in der Regel streikarm ab. In der Metallbranche kommt es etwa alle 10 Jahre mal zu einem richtigen Streik. Seit 1989 hat die Intensität und Häufigkeit gewerkschaftlicher Kämpfe massiv abgenommen.

Meistens sind Azubis auch durch die fehlenden Kampferfahrungen in der Schule vorgeprägt. Natürlich stellen sich im Betrieb ganz andere Probleme, man ist es aber einfach gewohnt, wenn überhaupt Probleme als einzelner zu „lösen", bzw. es zu versuchen.

Was sind solche individuellen Lösungen? Z.B. der Aufstieg durch Bildung (der ist real möglich, das ist keine Illusion!) oder in der Konkurrenz auf der Arbeit der beste zu sein und damit positiv aufzufallen.

Hinzu kommt die Erfahrung, in einer Zeit aufgewachsen zu sein, in der es normal ist, prekär beschäftigt zu sein, kaum mehr Geld zu haben, als zum Überleben gerade so reicht. Das ist ein Unterschied zu Generation unserer Eltern, die sehr wohl noch in guter Erinnerung haben, dass es einmal andere Zeiten gab, dass es kein Naturgesetz ist, dass Millionen in Armut leben müssen, Massenarbeitslosigkeit herrscht usw.

II. Resignation und Mutlosigkeit

„Wir können nichts verändern. Die da oben machen eh was sie wollen." Dieser oft gehörte Satz gehört zum Standardspruch in Kaffeküchen, Werkshallen und Büros.

Wie so viele Sprüche, die man im Betrieb hört, enthalten sie eine Portion Wahrheit. Er drückt zunächst mal eine Illusionslosigkeit gegenüber dem „Wirtschaftssystem" aus, ist aber in der Konsequenz natürlich die reinste Selbstaufgabe.

Resignation ist aber nicht etwas, das es nur kampfarmen Deutschland gibt. Resignation entsteht immer dort, wo es uns nicht gelingt, darzustellen, worin denn ein Kampferfolg besteht und wir ihn erringen können. Dort, wo die Illusion herrscht, mit ein paar Demonstrationen, mit ein paar Warnstreiks könnten wir den Klassengegner an die Wand spielen, entsteht Resignation. Denn es ist eben in jeder noch so kleinen Auseinandersetzung im Betrieb ein langer Atem nötig. Genauso entsteht Resignation, wenn diesem Spruch („*die da oben...*") nichts entgegengesetzt wird. Dabei müssen wir besonders die gemachten Erfahrungen aufgreifen. Fast immer gibt es Erfahrungen, aus denen deutlich wird, dass sich der Kampf lohnt. Und dass sich die Probleme andererseits

nicht auf halber Strecke lösen lassen, sondern den besagten langen Atem brauchen. Beispiel Leiharbeit: Die Eingrenzung der Leiharbeit ist ein Kampfziel (zunächst in jedem einzelnen Betrieb, aber auch branchenweit) ist immer auf Zeit. Es braucht einen starken Riegel: und zwar das Verbot der Leiharbeit!

III. Standortlogik

„Wenn es meinem Unternehmen gut geht, geht's mir auch gut." Ebenfalls ein oft gehörter Spruch. Natürlich knüpft das auch an Alltagswahrnehmung vieler Beschäftigter an. In einem Unternehmen, dem es wirtschaftlich „gut" geht, das also hohe Gewinne macht und „konkurrenzfähig" ist, fallen bisweilen ein paar Krümel vom Tisch der Kapitalisten. Das wird dann z.B. mit Hilfe von Jahresabschlussprämien erreicht. Ist der Gewinn über einer bestimmten Marke, so gibt es eine Prämie. Anstelle des Kampfes um den Lohn tritt nun die „Leistungssteigerung", die Identifizierung mit den Unternehmenszielen. Anstelle der gewerkschaftlichen Solidarität mindestens mit den Kollegen der eigenen Branche tritt die Konkurrenz der Belegschaften zueinander im Kampf um die bessere Position des „eigenen Unternehmens". Anstelle der Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Länder tritt die Identifikation mit der „deutschen Wirtschaft", den deutschen Unternehmen.

Die Standortlogik gipfelt in der Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem Kapital. Stichpunkte sind hier die „Eurokrise", in deren Verlauf der DGB Merkel den Rücken stärkt und damit den von der Kürzungspolitik und Lohndrückerei betroffenen griechischen Kollegen in den Rücken fällt. Sie zeigt sich aber auch immer wieder in „moderaten" Tarifabschlüssen, in Abbrüchen von Streiks oder Warnstreiks, ohne das vorhandene Kampfpotential auszuschöpfen.

Diese Klassenzusammenarbeit, hinter der das Denken steht, es gebe eine Lösung von Konflikten im Sinne von „Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen" führt auch dazu, dass die Standortlogik in den Köpfen vieler KollegInnen noch verstärkt wird. Denn vorhandene Widersprüche werden verkleistert und damit der Kampfgeist gelähmt.

IV. Stellvertretermentalität und Versicherungsdenken

Bedingt durch die Geschichte Deutschlands haben wir es mit einer besonders stark verwurzelten Autoritätshörigkeit zu tun, die es in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich so nicht gibt.

Das betrifft nicht nur die Hörigkeit gegenüber der eigenen Geschäftsleitung im Betrieb, sondern auch gegenüber der eigenen Gewerkschaft bzw. Interessensvertretung.

Das führt beispielsweise dazu, dass der Betriebsrat (BR) für jeden Misstand verantwortlich gemacht wird. Oft wird der BR noch vor der Geschäftsleitung (GL) angegriffen, weil er den Misstand nicht beseitigt hat.

Das hat natürlich auch reale Anknüpfungspunkte, weil die Betriebsräte oftmals mit der GL kungeln anstatt zu kämpfen.

Vor allem steckt dahinter aber die Ansicht, nicht man selber mit seinen Kollegen müsse kämpfen, sondern „DIE Gewerkschaft", „der BR" usw.

Verbunden wird das ganze noch mit einem Versicherungsdenken. So als sei die IGM eine Art ADAC für Arbeitnehmer: Ich zahle, also erwarte ich Leistung. Erwartungen, die nie-

mals an einen Sportverein oder an eine Kirche gestellt werden!

Dazu muss man sagen, dass BR, JAV und Gewerkschaft alles tun, um dieses falsche Bild noch zu verstärken. „Wir machen das ***für euch***", *„Wir setzen uns **für euch** ein"* sind hier die Standardparolen. *„**Wir** regeln das gerade mit der GL, da sind wir dran."*

Auf all diese Hindernisse stoßen wir in der AJP-Arbeit. *„Wo sind denn da noch die Ansatzpunkte für uns?"* könnte man fragen. Natürlich gibt es zahlreiche Punkte, an denen sich zeigt, wie diese einzelnen Punkte überwunden werden können. Allerdings geschieht dies in den seltensten Fällen von alleine. Für eine kämpferische Jugendgewerkschaftspolitik braucht es kämpferische Kräfte in den Jugendgewerkschaften, das ist vor allem ein Auftrag an uns.

C. Ansatzpunkte für eine kämpferische Arbeiterjugendpolitik

I. Der Kampf um das Teewasser, „lernen durch das Kämpfen"

Der Klassenwiderspruch wird erfahrbar in jeder noch so kleinen Auseinandersetzung im Betrieb. Sei es der fehlende Pausenraum, für den „kein Geld da ist", seien es schlechte Ausbildungsbedingungen, angefangen beim Ausbilder über Inhalte der Ausbildung bis hin zu Kosten, die selber getragen werden müssen. Erster Ansatz für uns im Betrieb ist es, diese kleinen Konflikte aufzugreifen, sie hochzukochen, in Strukturen wie JAVen und Gewerkschaften zu diskutieren und letztendlich zu eskalieren. In dieser grundlegenden Interessensvertretung durch die KollegInnen selbst kann das *„wir können doch eh nichts machen"*, die Resignation und Mutlosigkeit ansatzweise aufgebrochen werden.

Etwas weiter gefasst: Die Unzufriedenheit mit der eigenen Situation: Lohn bzw. Vergütung, Arbeitszeit, Arbeitssituation, Arbeitsvertrag ist der entscheidenden Ansatzpunkt, um Standortlogik, Stellvertretertum, Sozialpartnerschaft, Unterordnung usw. aufzubrechen.

Kommt man neu in einen Betrieb, sind viele Dinge erstmal gar nicht so deutlich sichtbar. Gerade für Azubis beginnt ein neuer Lebensabschnitt, alles ist neu, man verdient möglicherweise sein erstes eigenes Geld, bisweilen ist die Ausbildung interessant und man kann sein Fach lernen. Erst mit der Zeit, werden die Schattenseiten deutlich. Dies gilt natürlich mit Einschränkungen: In vielen Betrieben sind die Bedingungen vom ersten Tag an unerträglich. Das führt z.B. zu einer hohen Abbrecherquote von Azubis. Aber unabhängig von den einzelnen Bedingungen: Der Druck der Unternehmer, den Profit zu erhöhen bekommt jeder über kurz oder lang zu spüren, sei es in der kleinen Handwerkerbutze oder in Bereichen hochqualifizierter Spezialisten mit Hochschulstudium.

II. Gegen Standortlogik und Stellvertretertum, gegen Klassenzusammenarbeit auftreten!

In Auseinandersetzungen müssen wir diejenigen im Betrieb sein, die auf Konfrontation gehen und die dabei die KollegInnen ständig ermuntern, in diesen Kampf mit einzusteigen. Natürlich tun wir das nicht individuell, sondern im Rahmen von IVP-Gremien und Gewerkschaftsgliederungen. Wir müssen immer darauf drängen,

das die Belegschaft über jeden Schritt informiert wird und selbst aktiv wird. Bei Betriebs- und Jugendversammlungen, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit.

Von besonderer Bedeutung ist die Schlagrichtung unserer Agitation im Betrieb und außerhalb:

Oberstes Gebot ist dabei: Wir sagen die Wahrheit. Wir sagen den KollegInnen klar und deutlich, was Sache ist, wie wir die Lage einschätzen, was zu tun ist. Damit wird man im Betrieb, aber auch außerhalb, beispielsweise in gewerkschaftlichen Gremien und Bündnissen anecken, sich aber natürlich auch profilieren. Gerade im Betrieb erarbeitet man sich sehr schnell einen Ruf, da reichen 1-2 Redebeiträge auf einer Versammlung aus. Dadurch, dass man sich klar positioniert und eine kämpferische Linie verfolgt isoliert man sich aber nicht zwangsläufig. Im Gegenteil, gerade in Gewerkschaften sind die Aktiven oft so rar, dass man schnell eingebunden wird, natürlich auch noch mit anderen Hintergedanken. Bei den Kollegen gewinnt man an „Gebrauchswert", man gewinnt Ansehen, das natürlich nötig ist, wenn wir agitieren, wenn wir mit den KollegInnen nicht nur über unmittelbare Verbesserungen diskutieren, sondern unsere gesellschaftliche Perspektiven ins Gespräch bringen.

Wir machen ihnen nichts vor, beispielsweise in Bezug auf Auseinandersetzungen – es springt immer nur das heraus, was sie selber erkämpfen!

Ausgangspunkte für unsere Agitation sind immer die konkreten Bedürfnisse der Kollegen und die Angriffe der Unternehmer. Wir stellen klare, kämpferische und offensiv ausgerichtete Forderungen und werfen keine Nebelkerzen, wie es in den Gewerkschaften und bei bürgerlichen und bisweilen auch linken Parteien Alltag ist.

Dazu ein paar Negativ-Beispiele von Slogans aus der Gewerkschaft:

- *„Gute Arbeit für Europa"*
- *„Arbeit für alle bei fairem Lohn"*
- *„Deine Würde ist unser Maß"*
- *„Menschlich modernisieren, gerecht gestalten"*
- *„Gute Arbeit muss drin sein"*
- *„Gemeinsam für ein gutes Leben"*
- *„Wir sind Opel"*

Positive Beispiele - Slogans mit Forderungen:

- 10 € Mindestlohn – Lohnsteuerfrei!
- Leiharbeit verbieten!
- Ausbilden statt Ausbeuten
- Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze
- Bereit für Streit
- Übernahme unbefristet!
- Keine Entlassungen in der Krise

Immer wieder müssen wir aufzeigen, dass Forderungen im Interesse der KollegInnen aufgestellt werden und **gegen** die Unternehmer, nicht „gemeinsam" und „konstruktiv" mit ihnen als Partner durchgesetzt werden. GewerkschafterInnen, die eine kampfarme oder -lose Tarifrunde bevorzugen, begründen die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Forderungen gerne mit ihrem Vorteil auch für die Unternehmer (*„Keine Unruhe im Betrieb"*, *„Die Beschäftigten konzentrieren sich wieder auf die Arbeit"*).

Auch der oft gutgemeinte Hinweis auf die „Stärkung der Kaufkraft" durch Lohnerhöhungen, die im Interesse der Unternehmer sei, birgt die Gefahr, dass beispielsweise eine Ta-

rifrunde nicht als Kampf feindlicher Klassen, sondern als harmonisches Kaffeekränzchen angegangen wird.

Für uns gilt bei der Agitation: Nicht die „Sinnhaftigkeit" für den Standort, die Kaufkraft oder das Image eines Unternehmens ist ausschlaggebend. Genausowenig geht es um „Fairness" oder „Gerechtigkeit".

Stattdessen stellen wir unter den Kollegen unsere Situation dar und nehmen sie als Ausgangspunkt für unsere Forderungen: Die Löhne sinken, Inflation und Produktivität steigen, die Banken und Konzerne machen gigantische Profite während wir immer weniger zur Verfügung haben. Wir appellieren an die eigenen Interessen und den Kampf- und Widerstandsgeist, anstatt *„Lösungen im gemeinsamen Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer"* zu propagieren und damit den Kampf zu sabotieren. Nicht blumige Phrasen wie „gerechte Löhne" und „gute Arbeit", sondern den Widerspruch zwischen Beschäftigten und Unternehmern rücken wir in den Mittelpunkt.

Wir müssen in unserer Agitation den Zusammenhang zwischen den gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfen und den gesellschaftlichen Verhältnissen aufzeigen. Wenn Löhne immer wieder auf ein bestimmtes Niveau herabgedrückt werden, wenn erkämpfte gesetzliche Errungenschaften beseitigt werden, müssen wir den KollegInnen deutlich machen, was dahinter steckt. Orientierung kann hier sein, am betrieblich erlebten Klassenwiderspruch anzuknüpfen und aufzuzeigen, wie er sich auf der politischen Ebene widerspiegelt. Beispiel Ausbildung: Die Konzerne nutzen Azubis als billige Arbeitskräfte aus. Die politische Herrschenden unterstützen das, indem sie ein Gesetz verweigern, das Azubis davor schützen könnte. Hier wird auch der Zusammenhang gewerkschaftlichem und politischem Kampf deutlich. Unsere Aufgabe ist es, den gewerkschaftlichen Kampf zu politisieren. Das heißt nicht, anstelle von Tarifverträgen künftig nur noch Gesetze zu fordern. Der unmittelbare ökonomischen Klassenkampf im Betrieb ist eine wichtige Schule für die Arbeiterjugend, dort lernt sie den Klassenwiderspruch roh und ungefiltert, am eigenen Leibe kennen, gleichzeitig aber auch die eigene Stärke im Kampf gegen den Gegner. Dieses Bewusstsein gilt es für den politischen Kampf zu nutzen, beispielsweise um Forderungen für ein Ausbildungsgesetz oder gegen die Rente mit 67, letztendlich aber für den Kampf zur Enteignung der Kapitalisten, der nur politisch zu gewinnen ist.

Für uns als SDAJ ist in der Breite momentan vor allem angesagt, überhaupt das Thema AJP wieder anzugehen und als außerbetriebliche Gruppen zu agieren. Das bedeutet nicht, das wir die betriebliche Ebene vernachlässigen. Allerdings geht es hier in den meisten Gruppen darum, einzelne GenossInnen im Betrieb zu stärken, ihre Situation zu diskutieren und ihr Engagement im Betrieb und in der Gewerkschaft mit der Gruppe abzustimmen und eine Orientierung zu entwickeln.

Den Gruppen kommt im Rahmen des AJP-Schwerpunkt aber vor allem die Aufgabe zu, ein Vorgehen mit dem Leiharbeitsaufruf zu diskutieren, sich verstärkt mit dem Thema Tarifrunden auseinandersetzen und eine Aktionstätigkeit anzugehen.

Arbeitsfragen

Diskussionsfrage 1: Warum ist das Klassenbewusstsein innerhalb der Arbeiterjugend heute so gering?

Diskussionsfrage 2: An welchen Textbeispielen zeigt sich die sozialpartnerschaftliche Ideologie und Orientierung der Gewerkschaften?

Diskussionsfrage 3: Wie können wir diese aufbrechen und die Gewerkschaften und ihre Jugenden zu den „Schulen des Klassenkampfes" machen in denen Klassenbewusstsein sich entwickeln kann? Diskutiert welche Schritte die SDAJ bundesweit und ihr vor Ort für eine kämpferische Arbeiterjugendpolitik jetzt gehen können.